

Krieg und Frieden

Dokumente aus dem Bundestag, Notizen aus dem Leben
15. Legislatur, Oktober 2002 bis Anfang April 2003



Petra Pau:

PDS
IM BUNDESTAG

IMPRESSUM

Redaktion: Petra Pau (V.i.S.d.P.)

Mathias Klätte

Fotos: Carlos Katins, Axel Hildebrandt, privat

Grafik: Thomas Herbell

Druck: BärenDruck

Auflage: 1.500

Redaktionsschluss: 3. April 2003

Unheilige Kriege

Es ist Dienstag, der 1. April 2003. Der Krieg im Irak tobt bereits 13 Tage und Nächte lang. Das »Morgenmagazin« liefert wieder aktuelle Bilder, zum Frühstück. Sieben Iraker seien ums Leben gekommen, heißt es. Vielleicht waren es auch zehn Tote. US-Streitkräfte haben sicherheitshalber einen Bus beschossen. In ihm saßen Frauen und Kinder.

»Unsere Anstrengungen können zum Tod von Zivilisten führen«, räumt Brigadegeneral Vincent Brooks in einer Stellungnahme ein. n-tv hat einen Militärkenner zu Gast. Sie haben Konjunktur. »Hätte man nicht auch auf die Reifen zielen können?«, fragt ihn der Moderator.

Das Pentagon meldet beiläufig, in den zurückliegenden 72 Stunden habe die US-Army 3000 Bomben abgeworfen. Ich sehe den angeschossenen Bus, ich höre die Klage über sieben oder zehn Opfer und ich rechne nebenbei hoch. 3000 Bomben in 72 Stunden, das sind 1000 pro Tag, fast im Minutentakt eine weitere Detonation.

Das internationale Rote Kreuz spricht von »Horror-Szenen« in Bagdad. »Wir machen Fortschritte«, meint Toni Blair, Premierminister Großbritanniens. Saddam Hussein ruft zum »Heiligen Krieg« auf und verheißt: »Wer stirbt, wird vom Himmel belohnt werden!« Die »Regeln des Krieges« werden verletzt, beklagt ein »Experte« beim Nachrichtensender N 24.

Am Nachmittag sind die Kameras auf George W. Bush gerichtet. Der Präsident spricht: »Die Freiheit, die wir preisen, ist nicht das Geschenk Amerikas an die Welt, sondern ein Geschenk Gottes an die Menschheit.«

Petra Pau
PDS im Bundestag

Trauriger Rekord

In der 14. Legislatur des Deutschen Bundestages, also von 1998 bis 2002, hatte ich 17 Mal über Einsätze der Bundeswehr im Ausland abzustimmen. Ich lehnte sie 17 Mal ab, wie die gesamte PDS-Fraktion. Nunmehr besteht die »PDS im Bundestag« noch aus Gesine Lötzsch und mir.

Allein in den ersten fünf Monaten des »neuen« Bundestages gab es 13 Debatten zu Militäreinsätzen, zur Nato-Strategie, zur künftigen EU-»Sicherheits«-Politik, zur Bundeswehr. Meine »Nein«-Statistik liegt inzwischen bei 24, womit ich in der Geschichte des Bundestages vermutlich einen Rekord halte.

Aber darum geht es nicht. Es verdeutlicht vielmehr, wie sehr Abstimmungen über Bundeswehreinsätze in fernen Ländern längst zum Alltag deutscher Politik gehören. Und es zeigt, dass sich derzeit leider nur eine Par-

Die PDS im Bundestag besteht aus zwei Frauen: Gesine Lötzsch (rechts) und Petra Pau. Beide wurden in ihren Berliner Wahlkreisen direkt gewählt.



tei, nämlich die PDS, konsequent davon leiten lässt: Krieg darf keine Fortsetzung der Politik mit anderen mehr Mitteln sein.

Oft sagen Gesine Lötzsch und ich im Bundestag, was 50 Prozent und mehr der Bevölkerung meinen. Wenn ich dann während einer Rede in die Reihen der Grünen gucke, dann lässt sich erahnen, dass hie und da noch ein einst friedensbewegtes Gewissen schlägt. Aber Unterstützung erhalten wir kaum, jedenfalls nicht öffentlich.

Zugleich wird die »PDS im Bundestag« nahezu durchweg ignoriert, wenn die Medien über das Geschehen im Bundestag berichten. Zuweilen lese ich, die PDS sei von der bundespolitischen Bühne verschwunden. Da ist was dran. Aber es stimmt nur bedingt. Und es wird verlogen, wenn dieselben Sender oder Zeitungen, die uns in Berichten ignorieren, dies in Kommentaren behaupten.

Auch deshalb diese Broschüre, damit das Eine oder Andere authentisch nachlesbar wird. Gerade jetzt, da der »Krieg der Willigen« gegen den Irak tobt und die Friedensbewegung zugleich weltweit erstarkt. Dokumentiert sind ausgewählte parlamentarische Reden, aber auch außerparlamentarische Aktionen, denn beide gehören zusammen. Dabei wird belegt, was die »PDS im Bundestag« will und kritisiert. Und es wird deutlich, was die anderen Bundestags-Parteien meinen und treiben.

Bundestag, 3. April 2003
Rede Petra Pau
Stichwort: Irak-Krieg

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe die Rede von Frau Merkel von der Unvermeidbarkeit des Krieges mit all seinen Folgen und von ihrer unverbrüchlichen Gefolgschaft zur Allianz der Kriegswilligen noch gut im Ohr – übrigens auch den lang anhaltenden, rhythmischen Beifall ihrer Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU.

Frau Merkel, Sie können sicher sein, dass Sie verstanden wurden, als Sie vor 14 Tagen hier gesprochen haben. Als am vergangenen Sonnabend in Berlin und am Montag in Leipzig erneut Hunderttausend gegen den Krieg demonstrierten, waren Sie nämlich in vieler Munde.

Nun höre ich heute, Sie wollten nach vorne schauen. Die Frage nach einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU stelle sich nach den Differenzen in der Irak-Krise jetzt »sehr viel vehementer«. Eine gemeinsame Politik sei aber »nur denkbar, wenn sie nicht gegen die Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet« sei.

Genau zu dieser Passage habe ich drei Anmerkungen:

Zum Ersten erinnert mich das alles an den uralten Ehespruch aus weiblicher Sicht:

Sind wir uns einig, dann gilt meine Meinung. Haben wir aber eine Differenz, dann gilt seine Meinung. So sind die USA mit dem Völkerrecht umgesprungen, so haben Sie von der Union sich der USA-Strategie unterworfen, und so sieht ihr »Blick nach vorn aus«. Die PDS im Bundestag hat einen anderen Voraus-Blick.

Zum Zweiten ist eine Politik, die sich Angriffskriegen versagt, noch lange keine Politik gegen die Vereinigten Staaten von Amerika,

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [fraktionslos])

sondern lediglich eine Politik gegen eine auf Krieg setzende US-Führung. Diesen Unterschied sollten auch Sie von der CDU/CSU endlich begreifen.

Zum Dritten heißt die Frage nicht »mit den USA oder gegen die USA«?

O-Töne

»Wenn wir das Ultimatum unterstützen, impliziert das alle Folgen, die sich aus einem Ultimatum ergeben.«

Angela Merkel, CDU-Vorsitzende, auf die Frage, ob sie auch den von Bush angedrohten Irak-Krieg unterstütze

Web-Notiz

www.petrapau.de

PRIGNITZER FRIEDEN IM KANZLERAMT

2. 4. 2003, Berlin:
Seit dem 5. Dezember
2002 gibt es den
»Prignitzer Appell«.
Er wendet sich gegen
den Krieg und
jedwede deutsche
Beteiligung.
Inzwischen haben
rund 45.000 Politiker-
innen und Politiker,
Bürgerinnen und
Bürger aus allen
Bundesländern
unterschrieben.
Nach der Übergabe im
Bundeskanzleramt
gab es ein Presse-
gespräch bei der PDS
im Bundestag.

Europa muss sich vom Kriegskurs der USA emanzipieren. Das wären ein Blick und ein Schritt nach vorne.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsich [fraktionslos])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, ich behaupte ja nicht, dass die Karre mit einfachen Lösungen oder gar Losungen aus dem Dreck gezogen werden könnte.

Wenn wir in unserem Nein zum Irak-Krieg übereinstimmten, dann hieß das nie, dass unsere Gründe dieselben waren. Rot-Grün hat diesen Krieg abgelehnt, die PDS lehnt Kriege grundsätzlich ab. Das ist der Unterschied.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsich [fraktionslos])

Wir alle wissen: Die Regierung verdrängt alle Fragen, die auf eine völkerrechtliche Verdammung des Irak-Krieges hinauslaufen, sie weicht allen Fragen aus, die mit einer indirekten deutschen Beteiligung zusammenhängen.

Ich spreche hier über Überflugrechte, über AWACS-Flüge, über deutsche Einsatzkräfte in Kuwait und am Horn von Afrika. Dies lehnt die PDS im Bundestag seit Monaten und auch heute wieder ab.

Dass ich in den letzten Tagen selbst grüne Stimmen höre, die Europa um- und hochrüsten wollen, wundert mich. Lassen sie uns gemeinsam nach Auswegen suchen. Konfrontation, Kriege, Rüstung sind keine Krisenlöser. Sie bieten keine Zukunft, für niemanden, nirgendwo.

Ich will allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch eines in Erinnerung rufen: Hätten die CDU und CSU im Bunde mit der FDP die Wahlen gewonnen, dann wäre die Bundesrepublik Deutschland heute Kriegs-Partei, dann würden deutsche Soldaten heute um Bagdad und den mittleren Osten kämpfen, mit allen Folgen.

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: So ein Schmarren)

Auch das muss in einer solchen Debatte gesagt werden.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Was Kommunisten alles sagen dürfen! – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Stimmt so leider nicht!)

Das stimmt sehr wohl, Herr Kollege Gerhardt.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Nicht ohne Mandat der Vereinten Nationen!)

Frau Merkel hat ja nun mehrfach unterstrichen, dass sie sich unter Inkaufnahme aller Folgen an die Politik der USA hängen wollte.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [fraktionslos])

Ich möchte aber zum Schluss noch zwei Sätze zur heutigen Kanzlerrede und seinem Versuch, seine außenpolitischen Vorstellungen von einer friedlichen Welt mit seinen innenpolitischen Vorhaben, der so genannten Agenda 2010, zu verknüpfen, sagen:

Erstens. Die Agenda 2010 zielt nicht auf mehr Gerechtigkeit, mehr Stabilität und Solidarität im Inneren, im Gegenteil: Sie entlasten mit dieser Politik die Vermögenden, belasten die Bedürftigen und entsorgen die Solidarsysteme.

Deshalb mein zweiter Satz: eine solche Innenpolitik taugt nicht als Leitbild für eine Außenpolitik, die auf Recht und Gerechtigkeit, auf Frieden und Entwicklung zielt.

Die PDS im Bundestag sagt also Ja zu Ihrem Nein zum Irakkrieg. Aber wir sagen zugleich Nein zu Ihrem Ja zum Sozialabbau.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [fraktionslos])

Petra Pau für die PDS in der Bundestagsdebatte. Die Redezeit ist knapp bemessen. Wenn andere Fraktionen 30 Minuten und länger sprechen können, darf die PDS im Bundestag in der Regel drei oder maximal fünf Minuten reden.



Nichts gewusst?

November 2002

Gesine Löttsch befragt Bundesregierung zu deutscher Militärhilfe bei möglichem Irak-Krieg

Frage der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob die US-Regierung die ihnen auf deutschem Hoheitsgebiet überlassenen Basen für logistische Vorbereitungen im Hinblick auf einen militärischen Einsatz gegen den Irak nutzt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Walter Kolbow vom 20. November 2002:

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass die US-Regierung die ihnen auf deutschem Hoheitsgebiet überlassenen Basen für logistische Vorbereitungen im Hinblick auf einen militärischen Einsatz gegen den Irak nutzen.

Nach Auffassung der PDS stellen Überflugrechte für aktive Streitkräfte der USA eine indirekte Kriegsbeteiligung dar.

Bild rechts: Überall wachsen die Proteste gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA.



PDS-Meinung unerwünscht

Meldung der Agentur AP vom 20. 3. 2003

Berlin (AP) Die beiden PDS-Abgeordneten Gesine Löttsch und Petra Pau haben sich erneut über Benachteiligung im Bundestag beschwert. Bei den Stellungnahmen der Fraktionschefs zu Irak seien sie nicht zu Wort gekommen, kritisierten die beiden Abgeordneten am Donnerstag in Berlin. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse habe ihre Forderung, ebenfalls eine Erklärung abgeben zu können, mit der Begründung abgelehnt, das dürften nur Fraktionen.

Löttsch und Pau forderten in einem Brief Bundeskanzler Gerhard Schröder auf, beim

internationalen Gerichtshof in Den Haag Anzeige gegen US-Präsident George W. Bush zu erstatten – »wegen der Herbeiführung eines völkerrechtswidrigen Kriegs«.

Pau erklärte dazu: »Dieser Krieg ist Völkerrechtsbruch, Staatsterrorismus und Massenmord. Er ist durch nichts zu rechtfertigen, weder rechtlich, noch politisch, noch moralisch.« Die PDS-Abgeordnete erklärte, sie erwarte, dass die Grünen-Fraktion einen Antrag einbringe, um gemäß Artikel 26 Grundgesetz jede direkte oder indirekte Beteiligung der Bundesrepublik an diesem Krieg auszuschließen.



Ein Fall für Den Haag

Die Ex-Grünen-
chefin Claudia Roth
wurde jüngst als
Menschenrechts-
beauftragte der
Bundesregierung
berufen. An sie ging
ein gleich lautender
Brief.



Bundestag, 19. März 2003
Rede Petra Pau
Stichwort: Haushalts-Debatte

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren seit gestern über den Bundeshaushalt. Ich finde, wir muten uns und unseren Nerven einiges zu. Während wir über Haushaltsposten und Einzelpläne streiten, läuft außerhalb dieses Hauses die Uhr in Richtung Krieg.

Es ist ein Krieg, den Hunderte Millionen Menschen ablehnen, ein Krieg, der Hunderttausende Menschen treffen wird. Die PDS im Bundestag hat gestern den Bundestagspräsidenten ersucht, eine Sondersitzung des Bundestages zu diesem Thema einzuberufen. Herr Thierse hat das mit Verweis auf die Geschäftsordnung abgelehnt, zumal der Bundestag ja sowieso tagt. Das tut er, allerdings nicht ausdrücklich zu diesem bedrückenden Thema. Insofern war ich froh, als heute Morgen mit dem Beitrag des Bundeskanzlers die Debatte eine andere Wendung zu nehmen schien. Allerdings hat sich das, wenn ich an meine letzten zwei Vorredner denke, schon wieder erledigt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [fraktionslos])

Herr Merz von der CDU hatte seiner Rede gestern ähnliche Gedanken vorangestellt. Der Unterschied ist nur: CDU/CSU könnten kraft Fraktionsstatus eine solche Debatte auf die Tagesordnung setzen lassen. Die PDS im Bundestag kann das nicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das hat einen guten Grund!)

Dass die CDU/CSU-Fraktion das nicht getan hat, entlarvt die Worte von gestern als pure Polemik.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [fraktionslos])

Dabei steht die gesamte Haushaltsdebatte unter Kriegsvorbehalt. Denn die Kriegskosten, die Kriegslasten und die Kriegsverluste werden auch uns heimsuchen. Das wäre übrigens ein Grund mehr – wenn auch nicht der wichtigste –, vehement gegen den drohenden Krieg zu sein.

Der Bundeskanzler hat wiederholt, dass er, die Bundesregierung und die rot-grüne Koalition einen Krieg gegen den Irak weiter ablehnen.

O-Töne

»Deutschland ist ein Problem, Frankreich ist ein Problem. Aber wenn Sie sich die riesige Zahl anderer Länder ansehen, so sind sie auf der Seite der USA und nicht Frankreichs und Deutschlands. Ich glaube, das ist das alte Europa.«

*D. Rumsfeld,
US-Kriegsminister*

O-Töne

»Der deutsche Kanzler hat in punkto Irak ein allgemeines Unwohlsein gespürt und wollte das politisch auszunutzen. Also hat er im Wahlkampf eine Position vertreten, auf die er jetzt festgelegt ist. Allerdings hat er mit seiner Ankündigung, dass er nicht einmal eine militärische Operation der Vereinten Nationen unterstützen würde eine so extreme Position vertreten, dass er damit Deutschland und sich selbst aus der Debatte ausgeschlossen hat. Deutschland ist irrelevant geworden.«

*Richard Perle,
Ex-Chefsicherheits-
berater*

Das unterstützen wir ausdrücklich und nicht nur im Bundestag. Deshalb möchte ich Klartext reden: Beginnen die USA, wie angekündigt, einen Feldzug gegen den Irak, dann wäre das Völkerrechtsbruch, Massenmord, ja Staatsterrorismus. Umso erregter höre ich heute von Frau Merkel, dass sie und ihre CDU diesen Kurs der USA-Führung unterstützen, und zwar mit allen denkbaren Folgen. Es tut mir Leid, ich stelle mir die Frage: Sind Sie wirklich von allen guten Geistern verlassen?

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Mit diesem Kurs werden Sie, Frau Merkel, und wird die Union der Bundesrepublik ein Fall für das Bundesverfassungsgericht. Denn mit diesen Äußerungen – da hat die SPD Recht – ist die CDU/CSU Teil der Allianz der Kriegswilligen. Ich möchte auch sagen – Frau Merkel hat ja vorhin auf ihre Biografie angespielt –: Das können Sie unmöglich in der DDR gelernt haben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Wo haben Sie 1968 gestanden?)

Wir haben den Bundestagspräsidenten im Übrigen nicht um die Debatte gebeten, um einmal so über Krieg oder Nichtkrieg zu reden, und auch nicht, um eine außenpolitische Debatte anzuregen, sondern wir haben darauf verwiesen, dass wir spätestens mit Kriegsbeginn ein gravierendes innenpolitisches Problem haben werden. Das Grundgesetz enthält in Art. 26 ein Friedensgebot und stellt mit diesem Artikel eine Beteiligung an einem Angriffskrieg unter Strafe. Auch eine indirekte Beteiligung der Bundesrepublik an Angriffskriegen muss ausgeschlossen werden. Darüber ist zu reden – nicht irgendwann, sondern schnell, und auch nicht irgendwo, sondern hier im Bundestag und da nicht etwa versteckt in der Haushaltsdebatte. Ich finde – das sagen auch Völkerrechtler –: Solange AWACS-Flugzeuge mit deutscher Besatzung in der Kriegsregion unterwegs sind, solange Kriegseinsätze von US-Basen auf deutschem Boden ausgehen und solange Bundeswehrkräfte in der Kriegsregion präsent sind, so lange haben wir es schon mit einer indirekten Beteiligung der

Bundesrepublik an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu tun.
(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Ich stimme also der vom Bundeskanzler heute vorgetragenen Deutung ausdrücklich nicht zu.

Genau bei dieser Frage liegt die Messlatte für die Grünen. Sie beklagen die Ohnmacht, die uns alle angesichts der Unbeirrbarkeit der US-Führung befällt. Das verstehe ich sehr gut; das geht sehr vielen Menschen so. Aber bitte: Nutzen Sie wenigstens die Macht, die Ihnen als Regierungspartei anheim gestellt wurde! Verhindern Sie, dass Deutschland durch die Hintertür mitschuldig wird! Sie würden sonst selbst mitschuldig.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Alles Recht der Welt stünde auf Ihrer Seite; denn kein Recht und kein Vertrag zwingt die Bundesrepublik, zum Helfershelfer zu werden. Sie waren bisher standhaft. Nun wagen Sie auch den Folgeschritt!

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Wir bleiben standhaft!)

Ich habe heute das Argument gehört, wir hätten Rechte und Pflichten als NATO-Partner. Richtig! Auch Belgien als NATO-Partner hat Rechte und Pflichten und war trotzdem gestern in der Lage, die Häfen für die US-Flottille zu sperren.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun noch ein Wort an die CSU. Ich habe in Debatten hier schon mehrfach gesagt, dass ich zwölf gute Gründe kenne, ja nicht CSU zu wählen, und dass der 13. Grund Beckstein heißt. Bayerns Innenminister hat bereits vor Wochen gewarnt – nicht vor einem Krieg gegen den Irak, sondern davor, dass Kriegsflüchtlinge aus dem Irak die deutschen Lande erreichen könnten. Sie sollten, so Beckstein, »menschwürdig in der Kriegsregion untergebracht werden«. Heute lese ich, dass er außerdem irakische Bürger, welche auf dem Gebiet Bayerns leben, durch den Staatsschutz überwachen lassen will. Ich weiß nicht, was ein solcher Zyniker im Beichtstuhl erzählt.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Er ist evangelisch und geht deswegen nicht zur Beichte!)

Web-Notiz
www.petrapau.de

TAG X

20. 3. 2003, Berlin-
Brandenburg:

Die USA und Großbritannien haben den Krieg gegen den Irak begonnen. Allein in Berlin demonstrierten am »Tag X« rund 150.000 Friedensbewegte.

Danach fand ein gemeinsamer Parteitag PDS Berlin und Brandenburg statt. Petra Pau warnte vor »Trittbrettfahrern des Krieges, die Nationalismus schüren oder Bürgerrechte abbauen wollen.«

Aber ich weiß: Als Politiker und Minister ist er eine kreuzgefährliche Fehlbesetzung.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wir können jetzt gern über den Haushalt, auch über den Kanzlerhaushalt weiter debattieren. Die USA und die Allianz der Kriegswilligen verschieben derweil die gesamte Weltarchitektur. Stabiler wird sie dadurch nicht, auch nicht gerechter und demokratischer – im Gegenteil. Danke.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Am 15. Februar 2003 demonstrierten in Berlin 500.000 Friedensbewegte aus allen Bundesländern gegen den drohenden Irakkrieg.



Das Anti-Amerika-Loch

Das Mobiltelefon klingelt. »Frau Pau?« »Ja, bitte.« »Hier ist die »Welt am Sonntag«, Sie erinnern sich, das Interview...« Ich war auf der Fahrt nach Gera, zum PDS-Parteitag. »Ich habe zwei kleine Änderungen. Mit ihnen können Sie die Antworten dann bringen«, sagte ich. »Kein Problem und nochmals vielen Dank«, verabschiedete sich der Journalist. Zwei Tage später las ich das Interview gedruckt. Wie besprochen mit den zwei kleinen Änderungen. Eine Passage fehlte allerdings völlig. Vermutlich aus Platzgründen, wahrscheinlicher, weil die Antwort nicht so ganz ins erhoffte PDS-Bild passte. Deshalb sei der verschwundene Abschnitt hier nachgereicht.

WamS: Die PDS betreibt die populistische Abgrenzung der SED gegen die USA weiter. Finden Sie das glaubwürdig?

Die Frage ist doppelt schwach gestellt. Die PDS leitet ihre Politik nicht davon ab, was die SED einst meinte. Und wir begrüßen auch keine populistische Abgrenzungspolitik gegenüber den USA. Allerdings: Ich kritisiere scharf wesentliche Leitlinien und aktuelle Vorhaben der offiziellen Politik der USA. Die Vereinigten Staaten sind die einzig verbliebene Weltmacht. Sie sind es ökonomisch, sie sind es politisch, sie sind es militärisch. Die USA agiert aber nicht, als fühle sie sich gegenüber der Welt verpflichtet. Sie diktiert der Welt ihre Interessen. UNO? Ja, wenn die UNO

tut, was die USA-Administration will. Klimaschutz? Nur, wenn das die vermeintlichen Interessen der USA-Monopole nicht kreuzt. Europa? Natürlich, wenn sich die europäischen Länder in bedingungsloser Solidarität unterordnen. Menschenrechte? Immer, sofern sie nicht aus geopolitischen Gründen uninteressant sind. Abrüstungs-Verträge: Klar, aber nur solange sie die Erstschlags-Doktrin der USA nicht schmälern.

WamS: Sie sind also nicht Anti-Amerikanisch?

Nein. Solange Sie die USA auf ihre Administration und deren politische Ausrichtung reduzieren, blenden wir die Vielfalt des Landes aus. Genauso kurzsichtig ist, wenn Sie, wie in der Frage suggeriert, die USA mit Amerika gleich setzen. Ich finde es übrigens bezeichnend, dass es innerhalb der USA viel mehr politischen Widerstand gegen die eigene Regierung gibt, als hierzulande erlaubt scheint. Letzteres ist scheinheilig, mitnichten pro-amerikanisch und obendrein kreuzgefährlich.

Sicherheits-Streit

Aus der Rede von Petra Pau auf der Fachkonferenz der PDS-Landtagsfraktion Thüringen »Persönliche und öffentliche Sicherheit« am 29. März 2003 in Bad Blankenburg

Es ist Krieg. Er dominiert die Diskussionen, auch in den Medien. In seinem Schatten werden innenpolitische Belange bewegt und häufig nicht ganz so deutlich wahrgenommen. In den USA werden seit den Anschlägen am 11. 9. 2001 Bürger- und Menschenrechte en gros außer Kraft gesetzt. Aber nicht nur da. Amnesty international hat dieser Tage 49 Staaten ermahnt, darunter auch Deutschland.

Nehmen wir die innenpolitische Bilanz von Bundes-Innenminister Schily, also die Zeit seit 1998. Prägend ist Dreierlei: Erstens ein Einwanderungs-Gesetz: Es verrät die Schwarzschrift von CDU/CSU und hat folglich mit modernen, humanistischen und weltoffenen Ansprüchen fast nichts zu tun. Zweitens ein NPD-Verbotsverfahren: Es wurde inzwischen vom Bundesverfassungsgericht eingestellt. Drittens die sogenannten Anti-Terror-Pakete: Sie sind nicht nur »sogenannte«, sie haben tief in das Grundgesetz geschnitten und dieses ein weiteres Mal liberaler Grundsätze beraubt.

Aus linker, aus bürgerrechtlicher, aus humanistischer, aus libertärer Sicht ist die Bilanz von Otto Schily fatal. Aber es ist nicht nur seine Bilanz. Die Bundes-SPD hat die Anti-Ter-

ror-Gesetze zu verantworten. Und auch Bündnis 90/Die Grünen waren als Bürgerrechts-Partei ein Ausfall. Was mich wiederum in meiner grundsätzlichen Meinung bestärkt: Die PDS muss sich weiter entwickeln – zu einer anerkannten und gefragten, modernen, sozialistischen Bürgerrechts-Partei.

Ich möchte zum Tagungs-Thema »Sicherheit« in kurzen Thesen und an wenigen Beispielen umreißen, was ich für Fehlentwicklungen halte und was aus meiner Sicht Alternativen sein könnten.

1. Stichwort: Otto-Pakete – Annahme verweigert

Meine erste These lautet: Innenpolitisch ist die Bundesrepublik seit 1998 nicht besser, sondern schlechter verfasst, als vordem. Ich könnte das anhand der »Otto-Paket« im Einzelnen belegen. Sie umfassen immerhin rund 100 Gesetze und Verordnungen, die tiefer und repressiver in das Leben der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, als die meisten ahnen. Was schon ein Problem für sich ist! Die PDS-Bundestags-Fraktion hat dazu extra eine kleine Broschüre »Sicherheits-Paket – Annahme verweigert« herausgegeben.

Meine zweite These ist: Läuft etwas grundlegend schief, dann nicht nur, weil sich Fehler summieren, sondern weil wichtige Grundlagen falsch sind oder falsch gedeutet wer-

den. Ich spreche also über das Grundgesetz, über Sicherheits-Philosophien, über den Schutz der Verfassung – was etwas anderes ist, als der Verfassungsschutz – und über das, was Bürgerinnen und Bürger von Sicherheits-Politik erwarten können.

2. Stichwort: Sicherheit und Grundgesetz

Am 20. Februar 2002 führte die SPD einen Kongress durch. Sein Titel: »Die Mitte Deutschland«; Hauptredner: Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender Gerhard Schröder. Zur aktuellen Sicherheits-Debatte sagte er: »Nach unserem Verständnis von Kultur und Offenheit sind Freiheit und Sicherheit kein Gegensatz. Wir verstehen Sicherheit als Bürgerrecht.«

Das klingt wohlthuend und gut. Es hat nur einen Haken. Im Grundgesetz ist aus nachvollziehbaren Gründen eben kein Grund- oder Bürgerrecht auf Sicherheit verankert.

Nicht etwa, weil Sicherheit ein unbedeutendes Gut wäre. Wir alle wollen sicher sein und uns sicher fühlen. Dabei ist der Staat ebenso in der Pflicht, wie sich jede Partei politisch unmöglich macht, die das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger gering schätzt oder gar ignoriert.

Das grundlegende Problem ist ein anderes: Es gibt einen Konflikt zwischen Sicherheit und Freiheit. Und dieser Konflikt lässt sich

nicht einfach per Wortspiel auflösen. Jedenfalls nicht, ohne Bürger- und Freiheitsrechte preis zu geben. Es geht immer um eine Abwägung und die will wohl begründet sein. Ganz deutlich wird das, sobald es um den Datenschutz geht. Jede Datensammelwut, ob privat oder staatlich, ob sicherheitsbegründet oder kommerziell, bedeutet einen Eingriff in ein Selbstbestimmungsrecht, in ein Grundrecht. Gerade deshalb ist ja die CDU/CSU-These, »Datenschutz sei Täterschutz«, so kreuz-gefährlich. Sie ist ein verbaler Angriff auf uns alle und auf die Verfassung.

Und damit bin ich bei meiner dritten These: Die »Otto-Pakete« sind ein faktischer Angriff auf die Verfassung der Bundesrepublik. Ein Kommentator der »Süddeutschen Zeitung« bezeichnete sie als Abkehr vom Rechtsstaat. Ein Kommentator der „Berliner Zeitung“ charakterisierte sie als tiefgreifende Grundgesetz-Reform.

Die Behauptung – Freiheit und Sicherheit seien kein Gegensatz – kommt übrigens bei der CDU/CSU noch weniger verbrämt daher. Dort heißt es: »Sicherheit ist die Voraussetzung von Freiheit!« Zu Ende gedacht heißt das aber nichts anderes, als: Über und vor der Gesellschaft steht der Staats-Apparat, erst kommt die Sicherheits-Pflicht und dann die Bürgerrechts-Kür.

Genau das wollten die Schöpfer des Grundgesetzes nicht. Genau das ist in einem »real-sozialistischen« Großversuch gescheitert.

Genau das aber ist die reale Tendenz aktueller Sicherheits-Doktrin.

3. Stichwort: Innere oder öffentliche Sicherheit

In den Sicherheits-Debatten der letzten Monate spiegelt sich ein Streit. Oberflächlich betrachtet, scheint es um ein belangloses Wortspiel zu gehen. Genauer besehen öffnen sich zwei widerstreitende Sichten auf das Thema Sicherheit, zwei unterschiedliche Strategien. Die Begriffs-Paare heißen »innere Sicherheit« oder »öffentliche Sicherheit«. Die zwei wesentlichen Unterschiede werden am Beispiel schnell deutlich. Der erste Unterschied: Ist von Innerer Sicherheit die Rede, dann heißen die dazugehörigen Stichworte: Grenzschutz, Kriminalamt, Geheimdienste, Justiz, Polizei.

Öffentliche Sicherheit meint eine gesellschaftliche und komplexe Aufgabe. Zu ihren Stichworten gehören auch Bildung und Kultur, Stadtgestaltung und Jugendpolitik, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Prophylaxe und Katastrophenschutz, Transparenz und Demokratie, Wirtschaftspolitik usw., usf. Gerade vor dem Hintergrund aller Szenarien, die nach den Terroranschlägen auf New-York und Washington am 11. September 2001 aufgemacht wurden, stellen sich viele Fragezeichen quer! Etwa, wenn Flughäfen auf billige Sicherheits-Firmen zurückgreifen. Das-

selbe trifft zu, wenn Ost-Feuerwehr-Leute schlechter entlohnt werden, als ihre West-Kollegen. Adlon-Sicherheit ist nun mal nicht zum Aldi-Preis zu haben!

Womit ich andeuten will: Jene Parteien, die sich für besonders sicherheits-kompetent halten, sind zumeist dieselben, die mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik stetig Unsicherheit produzieren. Nicht zuletzt, weil sie eine Zwei- und Drei-Klassen-Gesellschaft schaffen.

Der zweite Unterschied zwischen »innerer« und »öffentlicher Sicherheit« ist genauso grundsätzlicher Natur. Die Verfechter der »inneren« Sicherheit definieren diese analog zur »äußeren« Sicherheit. Einmal hat der Staat mit seinen Instrumentarien Bedrohungen von Außen abzuwehren. Das andere mal hat der Staat mit seinen Instrumentarien Gefahren in seinem Inneren abzuwehren. Der Staat gerät so zum Zentral-Organ und in den Ruch eines Allmächtigen.

»Öffentliche« Sicherheit aber schließt den Schutz des Bürgers vor dem Staat mit ein. Sie baut auf selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, auf eine couragierte Gesellschaft. Und damit ich hier nicht nur fragwürdige Theorie referiere, zitiere ich aus dem Koalitionsvertrag, den die Berliner SPD und die Berliner PDS geschlossen haben. »Öffentliche Sicherheit bedeutet neben dem Schutz vor Kriminalität als staatlicher Kernaufgabe auch den Schutz des Einzelnen und

der Öffentlichkeit vor unverhältnismäßigen staatlichen Eingriffen...« Werfen Sie einen solchen Satz in eine Sicherheits-Debatte im Bundestag. Ich garantiere Ihnen: CDU und CSU, aber auch Bundesinnenminister Schily (SPD), laufen schwarz über.

4. Stichwort: Sicherheit und Demokratie

Auch hier nur zwei Beispiele zur Illustration:

a) Nutz und From von Geheimdiensten bleiben umstritten. Linke und Bürgerrechtler, auch die PDS, gehen begründet davon aus, dass sie mehr schaden als nützen. Sie sind ihrem Wesen nach demokratie-untauglich. Sie führen ein unkontrollierbares Eigenleben. Und sie pendeln ständig zwischen ihrem eigenem Anspruch, ein Sicherheits- und Frühwarn-System zu sein, und der eigenen Praxis, die Straftaten fördert und belohnt. Jüngste Belege dafür liefert das vergeigte NPD-Verbots-Verfahren. Es ist nicht am Gericht, sondern an der V-Leute Praxis gescheitert.

b) Ähnlich problematisch und demokratie-abträglich ist die bisherige Entwicklung auf EU-Ebene. Die viel zitierte Europol ist ja nur eine von mehreren Einrichtungen und Verfahren, die sich jedweder demokratischen Kontrolle entziehen. Das schafft Unsicherheit und nicht Sicherheit, allemal aus Blick der Bürgerinnen und Bürger. Denn wo man nicht durchblickt, da gedeiht Furcht. Das ist im

finsternen Wald nicht anders, als im nebulösen europäischen Haus.

Deshalb bleibe ich dabei: Wer mehr Sicherheit will, muss auch mehr Demokratie wagen. Und dazu gehört eine EU-weite Verfassung. Mit ihr muss auch die europäische Sicherheits-Politik endlich demokratischen Spielregeln unterworfen und Transparenz geschaffen werden.

Ein Konvent ist berufen, er wird Ende Juni seine Vorschläge abschließend unterbreiten. Die einzige Vertreterin der europäischen Linken kommt übrigens von der PDS. Es ist Sylvia-Yvonne Kaufmann. Unsere Forderung bleibt und sie ist auch (noch) realistisch: Eine EU-Verfassung muss Sache der Völker sein. Sie bedarf dazu endlich einer breiten Diskussion und schließlich einer Völker-Abstimmung zur nächsten EU-Wahl.

5. Stichwort: Technik und Sicherheit

Sie kennen die inzwischen übliche Veranstaltungs-Ansage: »Schalten Sie bitte ihr Handy aus!« Ich frage Sie etwas anderes: »Warum



tragen wir eigentlich unsere eigene Wanze und unsere elektronische Fußfessel mit uns herum?« Wir alle tun es und wir bezahlen sogar noch Monatsraten dafür, dass wir übers Handy erspäht und belauscht werden können, dass unsere Kontakte und Interessen via Internet ebenso nachlesbar sind, wie unsere e-mails und Faxe.

Das ist der Preis des Fortschritts, heißt es. Dass er so hoch ist, liegt aber nicht an der Technik, jedenfalls nicht allein. Hinzu kommen staatliche und kommerzielle Begehrlichkeiten. Sie werden politisch eher hofiert, als begrenzt. Jüngstes Beispiel: Bundesgesundheitsministerin Schmidt will eine elektronische Karte einführen, auf der alle relevanten Krankheitsdaten gespeichert sind. Natürlich ist das abzulehnen.

Vor zweieinhalb Jahren gründete sich in Sachsen-Anhalt eine bundesweite PDS-Arbeitsgemeinschaft »Demokratie und Menschenrechte«. Tags zuvor gab es ebenfalls in Halle/Saale eine Podiumsdiskussion. Wir wurden, gerade vor dem Hintergrund technischer Entwicklungen, gefragt, ob jetzt »Big Brother«, also der totale Überwachungs-Staat, drohe. Ich hielt mich damals zurück. Der Landesbeauftragte für Datenschutz Sachsen-Anhalts, ein SPD-Mitglied, nicht. Er antwortete damals kurz und klar: »Ja!« Das war lange vor dem »11. September«, der so vieles begründen soll.

Aber es korrespondiert mit der Frage von

Prof. Dr. Narr (FU Berlin): »Wie kommt es nur, dass die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, von den eingeschüchterten Ausländern ganz zu schweigen, auf diesen Abbau der Grund- und Menschenrechte nicht reagiert... Obwohl all diese Gesetze nichts für ihre Sicherheit erbringen werden?«

6. Stichwort: Sicherheits-Kompetenz

Ich habe vorhin die Frage der Kompetenz berührt. Gelegentlich hält sich das Gerücht: Konservative Parteien seien besonders prädestiniert, wenn es ums Geld, um die Wirtschaft und um die Sicherheit geht. Linke hingegen seien gut fürs Soziale, fürs Gerechte und fürs Demokratische. Ich finde, das ist doppel-falsch. Falsch in der Sache, weil alle diese Felder zusammen spielen, wenn es um Sicherheit geht. Aber auch falsch in der Wahrnehmung, denn es sind vor allem linke Bewegungen und nicht die Becksteins, Schills oder Schily's, die einen komplexen Sicherheits-Ansatz verfolgen. Letztere haben einen verengten, repressiven, staatsmächtigen Sicherheits-Blick. Ich plädiere für einen weiten, progressiven, bürgerrechtlichen, kurzum, für einen zivilisatorischen Ansatz. Wir sollten also unser Licht nicht unter den Scheffel, sondern vielmehr unsere Angebote öffentlich zur Diskussion stellen. Diese Konferenz ist dafür – mit Sicherheit – eine gute Gelegenheit.

Friedens-Post

Die PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Gesine Löttsch und Petra Pau wandten sich am 23. Januar 2003 mit folgendem Brief an den Vorsitzenden des Parlamentarischen Klubs der SLD Jerzy Jaskernia

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, in einer Zeit, in der der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika George W. Bush ungeachtet der Einwände und Warnungen vieler Politiker und Parlamentarier einen Militärschlag gegen den Irak führen will, war es für uns von großer Bedeutung und Freude von Ihrer gestrigen Rede im Sejm zu hören.

Wir stimmen mit Ihnen darin überein, dass eine Lösung des Konflikts mit dem Irak Zeit und Geduld braucht, dass eine friedliche Lösung gefunden werden muss. Das haben auch der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder und der französische Präsident Jacques Chirac gestern auf der historischen, ersten gemeinsamen Festsetzung der Parlamente beider Staaten gefordert, die anlässlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages über die Aussöhnung zwischen beiden Ländern in Versailles stattfand und an der wir teilgenommen haben.

Unsere Partei, die PDS, unterstützt den Bundeskanzler in seiner Ablehnung einer Beteiligung Deutschlands an diesem Krieg, weil wir dies seit langem selbst fordern. Diese

seine Position spiegelt zugleich auch die Meinung der übergroßen Mehrheit der Menschen in unserem Lande wieder. Zugleich sind wir auch der Meinung, dass die Erklärungen des deutschen Bundeskanzlers, so mutig sie sind, noch nicht ausreichen. Auch die indirekte Beteiligung unseres Landes an einem Angriffskrieg durch die Öffnung deutschen Luftraumes für US-Kriegseinsätze und die Erlaubnis zur Nutzung von US-Basen auf deutschem Boden widerspricht dem deutschen Grundgesetz und darf nicht zugelassen werden.

Wir wissen aber auch, dass es angesichts des internationalen Drucks für die Rot-Grüne Bundesregierung nicht leicht ist, bei ihrem im Bundestagswahlkampf 2002 bezogenen Nein zu einer deutschen Beteiligung an einem potentiellen Krieg gegen den Irak zu bleiben. Dazu benötigen der Kanzler und der Außenminister die Öffentlichkeit und eine Resonanz auch über die deutschen Grenzen hinaus.

Deshalb sollten nicht solche Meinungsverschiedenheiten in dieser so brisanten und für den Frieden so gefährlichen Situation im Vordergrund stehen, sondern das gemeinsame Streben, der Stimme der großen Mehrheit der Staaten und Völker Geltung zu verschaffen und diesen sinnlosen Krieg in letzter Minute noch zu verhindern. So verstehen wir Ihr Auftreten als Unterstützung der Kräfte, die sich in unserem Lande gegen diesen

Krieg wenden. Und Sie haben sicher auch uns gemeint, als Sie forderten, auf die Stimme anderer Völker zu hören.

Die PDS, die wir beide gegenwärtig als Abgeordnete mit Direktmandat im Deutschen Bundestag vertreten, setzt sich nachdrücklich für die friedliche, politische Lösung internationaler Streitfragen ein. Wir sind auch deshalb so vehement gegen diesen Krieg, weil wir sehen, dass durch dieses unilaterale Vorgehen der US-Administration das geltende Völkerrecht mehr und mehr ausgehöhlt und letztlich zerstört, die UNO als legitime Stimme der Staaten immer mehr geschwächt wird und werden soll. Dagegen wenden wir uns mit allem Nachdruck. Das Recht des Stärkeren darf nicht zur Norm der

internationalen Beziehungen werden. Krieg darf kein legitimes Mittel der Politik sein.

Über diese und andere Fragen würden wir gern mit Ihnen und Ihrer Fraktion, zu der in der vergangenen Legislaturperiode bereits Kontakte bestanden, ins Gespräch kommen. Wir halten es für äußerst wichtig, dass Polen und Deutschland, zwei Staaten, deren Völker wissen, was Krieg bedeutet, einander beim Eintreten für den Frieden unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Pau, MdB

Dr. Gesine Löttsch, MdB



P.S. Zu Ihrer Information legen wir den Text des »Prignitzer Appells« gegen den Krieg bei, den die PDS initiiert hat und den bis jetzt bereits fast 1000 deutsche Kommunalpolitiker unterzeichnet haben.

Die ehemaligen Bundestagsabgeordneten Roland Claus, seinerzeit Fraktionsvorsitzender der PDS und Wolfgang Gehrcke, Außenpolitischer Sprecher der Fraktion, jetzt Außenpolitischer Sprecher des Parteivorstandes, die sich gut an die interessanten Gespräche mit Ihnen bei ihrem Besuch im vergangenen Jahr in Warschau erinnern, lassen Sie herzlich grüßen.

Bundestag, 13. Februar 2003
Rede Petra Pau
Stichwort: Internationale Lage

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum reden wir eigentlich nicht Klartext? Denjenigen, die meinen, jetzt sei Krieg angesagt, geht es nicht um Menschenrechte. Es geht ihnen auch nicht um einen Diktator namens Hussein. Es geht um eine militärische Neuordnung der Welt, wieder einmal.

Ich stimme allen zu, die sagen: Die Welt muss neu und besser geordnet werden. Ich stimme auch allen zu, die sagen: Menschenrechte sind ein unteilbares Gut. Und ich stimme allen zu, die sagen: Gerechtigkeit, allemal soziale, ist ein hoher, aber durch Diktatoren wie Saddam Hussein unterdrückter Wert.

Aber all das steht nicht auf der Tagesordnung, auch nicht in der Debatte, die wir heute Vormittag hier führen. Der Streit geht darum, ob Deutschland den Vorhaben und den Vorgaben der US-Administration folgen soll oder nicht. Die CDU/CSU will dabei sein, an der Seite von Bush und Rumsfeld, notfalls gegen die UNO. Die PDS will das nicht. Soweit ich es beurteilen kann, will es Rot-Grün auch nicht. Aber viel wichtiger ist: Dreiviertel aller Deutschen wollen das nicht. Ich komme gleich direkt zur Irakfrage. Vorher will ich allerdings noch auf Vorwürfe eingehen, die offensichtlich aus der Propagandazentrale der CDU stammen. Es ist wirklich absurd, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie erneut die antiamerikanische Keule gegen alle schwingen, die einem Kriegskurs nicht folgen wollen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nach demselben Denkmuster wären Sie antifranzösisch.

Frau Merkel, Ihr Stiefvater, Herr Adenauer, würde Sie enterben, wenn er das, was Sie heute hier aufführen, noch erleben müsste.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] sowie bei Abgeordneten der SPD)

Genauso gefährlich ist der Versuch, Europa in ein altes und ein neues Europa, je nachdem, welcher Staat den Befehlswünschen der USA folgt oder nicht, einzuteilen. Ich finde, ein altes Europa mit einem neuen Denken ist besser als eine neue Welt mit einem alten Den-

Echo

*Horst M. aus Fürth,
18. 02. 2003:*

*DANKE für das NEIN
zum Krieg*

*Birgit S. aus Hannover,
13. 02. 2003:*

*Sehr geehrte
Frau Pau,
vielen Dank für Ihren
heutigen sachlichen
und zutreffenden
Redebeitrag, während
der Irak-Aussprache
im Bundestag. Wären
die dort vertretenen
Abgeordneten und
Minister etwas
mutiger, hätten Ihnen
sicher eine Menge von
ihnen applaudiert.
Halten Sie bitte in
Ihrer bestimmt etwas
schwierigen Situation
im Bundestag durch!
Wir brauchen Ihre
Stimme dort mehr
denn je.*

Echo

*Jan K. aus
Nürnberg,
27. 03. 2003:*

*Hallo Ihr,
Eure Plakataktion
finde ich super.
Vielen Dank*

*Detlef G. aus
Dresden,*

*20. 03. 2003:
Danke, dass
wenigstens zwei
Leute konsequent
sind!!! PEACE!*

*Herbert Mies,
14. 02. 2003:*

*Petra Pau, trotz
Gegensätze und
gelegentlichen
Gegnerschaften:
Vielen Dank für
Ihre Antikriegs-
rede gestern im
Bundestag! Allen
Respekt!*

ken. Deutlicher gesagt: Krieg löst keine Probleme. Kriege potenzieren Probleme. Das gilt auch in Bezug auf den Irak. Deshalb sollte der Bundestag heute einen einzigen klaren Satz beschließen: Deutschland wird sich weder direkt noch indirekt an einem Krieg im Irak beteiligen. Mit einem klaren Ja zu diesem schlichten, aber sehr wichtigen Satz wären Sie übrigens auch wieder auf dem Boden des Grundgesetzes. Den verlassen Sie nämlich, wenn Sie über eine Kriegsbeteiligung jenseits des Völkerrechts reden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, Sie haben sich vorhin sehr aufgeregt. Wer aber über Präventivkriege schwadroniert, wie Sie es tun, der bewegt sich jenseits des Völkerrechts und des Grundgesetzes. Deshalb ist der Vorwurf, Sie befänden sich auf Kriegspfaden, so unbegründet nicht. Sie selbst bieten doch die Argumente für solche Vorwürfe.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wir reden hier übrigens nicht nur über einen möglichen Krieg gegen den Irak. Wir debattieren auch über die Zukunft der UNO. Die US-Führung hat unmissverständlich erklärt: Ist die UNO mit uns, dann ist das okay, ist die UNO nicht mit uns, dann ist das egal. Wer vor diesem Hintergrund wie Sie von der Opposition zur Rechten die bedingungslose Solidarität einfordert, der startet zugleich einen Angriff auf die Vereinten Nationen.

Die PDS ist grundsätzlich gegen einen Krieg; das ist bekannt. Ich bin fest davon überzeugt, dass am nächsten Samstag Millionen Menschen – unter anderem auch in Berlin ab 12 Uhr – erneut ihr Nein zum Krieg demonstrieren werden. Ich fände es gut, wenn sich viele von uns dort wiederfinden würden, um gemeinsam mit den vielen Menschen, die sagen, dass Krieg kein Mittel ist, auf die Straße zu gehen, um das sehr deutlich zu unterstreichen.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Entsendegesetz* darf nicht das Parlament entmachten

Dr. Gesine Löttsch erklärt zu dem von der FDP geforderten Entsendegesetz am 26. März 2003:

Ein Entsendegesetz für militärische Auslandseinsätze nach dem Willen der FDP käme einer Entmachtung des Parlaments gleich. Die FDP will einen Ausschuss einrichten, der in eiligen oder geheimhaltungsbedürftigen Fällen für das Parlament handeln kann. Doch über Krieg und Frieden darf nicht eilig und auch nicht geheim verhandelt werden.

Nicht nur das Parlament würde durch ein solches Gesetz ausgegrenzt werden, sondern auch die Öffentlichkeit. Die Entscheidung über Krieg und Frieden darf nicht hinter verschlossenen Türen durch ein »Sicherheitskabinett« oder einen »geheimen Ausschuss« gefällt werden.

Wir werden uns gegen ein Entsendegesetz für Auslandseinsätze deutscher Soldaten verwehren, wenn es die Rechte des Bundestages einschränkt. Ein Entsendegesetz, das Auslandseinsätze ohne UNO-Mandat generell ausschließt und eine Zustimmung von Auslandseinsätzen von einer Zweidrittelmehrheit im Parlament bestimmt, wäre eine ernsthafte Diskussion wert.

Bundestag ein Sicherheits- Risiko?!

Das Bundesverfassungsgericht hat heute entschieden, dass der Bundestag vorerst nicht über den Einsatz deutscher Soldaten in AWACS-Aufklärungsflugzeugen über der Türkei entscheiden muss. Dazu erklärt Petra Pau, PDS im Bundestag, am 25. März 2003:

Das Urteil gilt, auch wenn es wenig überzeugt.

Das Gericht meint, es könne bislang keine unmittelbare Einbeziehung der Bundeswehrsoldaten in Kampfhandlungen erkennen. Das mag stimmen. Militärexperten sehen das anders.

Bemerkenswerter ist: Das Gericht verweist auf eine möglichst »ungeschmälerter außenpolitische Handlungsfähigkeit der Bundesregierung« sowie auf die »außen- und sicherheitspolitische Verlässlichkeit Deutschlands«.

Das aber bedeutet im Umkehrschluss: Der Bundestag sei potentiell ein außen- sowie sicherheitspolitisches Risiko und würde die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung schmälern.

Dieser Begründungsteil bereitet mir Kopf- und Bauchschmerzen.

** Die Debatte über ein Entsendegesetz währt seit über zehn Jahren. Die Befürworter wollen, dass Bundeswehrauslandseinsätze ohne Plenardebatten und -entscheidungen möglich werden. Das will die PDS nicht!*

Bundestag, 5. Dezember 2002
Rede Gesine Lötzsch
Stichwort: Mazedonien-Mandat

O-Töne

»Als die Chancen auf einen Heil-Hitler-Frieden in Europa verloren waren, schrie Goebbels im Berliner Sportpalast: Wollt ihr den totalen Krieg? Und die hakenkreuzbraven Deutschen brüllten begeistert: Jaaaaa!!!! Und nun? – Nur 60 Jahre später fragt in der Berliner Republik die gewählte Obrigkeit: Wollt ihr den totalen Frieden? – und die geläuterten Deutschen sagen von ganzem Herzen abermals: Jaaaaa!«
Wolf Biermann am 24. 2. 2003 im »Spiegel«

Dr. Gesine Lötzsch (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 23. Oktober, also vor gut sechs Wochen, verlängerte der Deutsche Bundestag das Mazedonien-Mandat der Bundeswehr. Die beiden PDS-Abgeordneten, Petra Pau und ich, haben gegen diese Mandatsverlängerung gestimmt und werden das auch heute tun. Denn während der Debatte am 23. Oktober erklärten – ausweislich des Protokolls – sowohl Verteidigungsminister Struck also auch die Vertreter aller Fraktionen, dass Mazedonien auf den Weg der inneren Versöhnung gebracht sei und der Einsatz der NATO zur Festigung der Demokratie geführt habe. Wieso dann heute diese Mandatsverlängerung? Sie haben argumentiert, meine Damen und Herren, dass die neue mazedonische Regierung unter dem Sozialisten Branko Crvenkovski sowie Präsident Trajkovski selbst um die Verlängerung des Mandats gebeten hätten. Das ist richtig. Aber haben Sie nicht einmal auch darüber nachgedacht, dass diese Bitte nicht aus einer Position der Stärke, sondern aus einer Position der Schwäche heraus geäußert worden ist? Meinen Sie nicht auch, dass sowohl Crvenkovski als auch Trajkovski gemerkt haben, dass es wesentlich leichter ist, NATO-Truppen einschließlich der Bundeswehr als zivile Hilfe unter der Leitung von UNO, EU oder Europarat zur Verfügung gestellt zu bekommen? Meinen Sie nicht auch, dass Sie der sozialistisch geführten Koalitionsregierung Mazedoniens, an der auch Albaner beteiligt sind und die Ihnen, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, politisch eigentlich besonders nahe stehen müsste, besser helfen würden, wenn Sie die wenigen zur Verfügung stehenden Mittel in zivile Projekte lenkten?

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Meinen Sie nicht auch, dass die mazedonische Führung bessere und sinnvollere Ideen zur Verwendung der 2,1 Millionen Euro hätte, die die Verlängerung des Bundeswehrmandats auffrisst? Bereits am 23. Oktober hat meine Kollegin Petra Pau vorgeschlagen, die für die damalige Mandatsverlängerung vorgesehenen 1,5

Millionen Euro für den Balkan-Stabilitätspakt zur Verfügung zu stellen. Ich erneuere diesen Vorschlag heute im Hinblick auf die für die erneute Mandatsverlängerung geplanten 2,1 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, ich möchte nicht die Gelegenheit versäumen, auf einen Widerspruch in der Balkanpolitik der Bundesregierung hinzuweisen. Wenn es darum geht, Auslandseinsätze der Bundeswehr zu begründen, dann sind die Lageeinschätzungen häufig drastisch. Geht es aber darum, Bürgerkriegsflüchtlinge oder Asylsuchende abzuschieben, gelten diese drastischen Lageeinschätzungen nicht mehr. Warum wird zum Beispiel seitens der Bundesregierung, von Herrn Schily, nicht endlich anerkannt, dass die Roma in Serbien extrem gefährdet sind? Können Sie sich nicht klar dazu äußern, ob die Abschiebung der Roma endlich beendet ist? Wir PDS-Abgeordnete treten für eine stringente Menschenrechtspolitik ein. Bundeswehreinsätze in Gebieten, in denen zivile Hilfe erforderlich ist, gehören nicht dazu. Darum stimmen wir, die PDS-Abgeordnete Petra Pau und ich, gegen die Verlängerung des Mazedonien-Mandats der Bundeswehr. Danke schön.
(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Web-Notiz
www.petrapau.de

PDS BLEIBT BEI NEIN!
15. 11. 2002, Berlin,
Bundestag:
In dritter Lesung
wurde das Bundes-
wehrmandat
»Enduring Freedom«
(Afghanistan)
debattiert und
schließlich um ein
Jahr verlängert. Fünf
Parlamentarier
enthielten sich, elf
stimmten mit Nein,
darunter die zwei PDS-
Abgeordneten. Petra
Pau: »Die PDS war vor
Jahresfrist dagegen.
Nun geht es um eine
neue Qualität, es geht
um Kampfeinsätze,
auch der Bundes-
wehr.«

Bundestag, 4. Dezember 2002
Rede Petra Pau
Stichwort: Bundeshaushalt 2003

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz der Erfolgsmeldungen und Ankündigungen meiner Vorrednerinnen und Vorredner muss ich festhalten: Es steht nicht gut um Rot-Grün. Herr Clement spricht von Start- und Kommunikationsschwierigkeiten. Heide Simonis erwartete heute gar eine Blut- und Tränenrede des Kanzlers.

(Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die können Sie ja jetzt halten!)

Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün: Ihr Problem ist weniger mangelnde Kommunikation; Ihr Problem ist die Inkonsequenz, die Widersprüchlichkeit und die Gegenläufigkeit Ihrer Politik. Ich will Ihnen das an drei Beispielen illustrieren, die sich übrigens klar von denen der Opposition zu meiner Rechten unterscheiden werden.

Mein erstes Beispiel betrifft den Sozialstaat. Ihre erste Prämisse dazu heißt, der Sozialstaat sei gerade in Zeiten der Globalisierung unverzichtbar. Ihre zweite Prämisse dazu lautet, die Wirtschaft müsse gerade in Zeiten der Globalisierung von Kosten für den Sozialstaat entlastet werden. Das Problem ist: Beides passt nicht zusammen. Wer die Wirtschaft von Kosten für den Sozialstaat entlastet, treibt den Sozialstaat in die Krise. Wer das zulässt, kann sich nicht als Anwalt des Sozialstaates aufspielen.

Nun wurde Franz Müntefering ob seines Zitats, die Bürger sollten weniger konsumieren und mehr dem Staat geben, gescholten. Politisch ist das, was Franz Müntefering geäußert hat, Harakiri; es hat aber sehr wohl seine Logik. Der Sozialstaat wird immer mehr von denjenigen finanziert, die bedürftig sind, und immer weniger von denjenigen, die dazu in der Lage sind. Eine Putzfrau oder ein sich selbst ausbeutender Computerexperte müssen kräftig für den Sozialstaat zahlen. Große Konzerne mit Gewinnen brauchen das nicht. Im Gegenteil: Sie werden sogar noch alimentiert. Das ist hierzulande Usus, auch unter Rot-Grün.

Weil das so ist und weil die Kassen klamm sind, hat Müntefering logischerweise nicht an die Vermögenden, an die eigentlich Zahlungspflichtigen appelliert; es sind dummerweise die Bedürftigen, die er zur Kasse bitten will. Eigentlich hätte er dafür heftigen Beifall von der CDU/CSU und allemal von der FDP verdient. Denn das entspricht genau Ihrer Politik, die Sie auch heute wieder hier vorgestellt haben.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist bestimmt nicht unsere Politik!)

Ich will nur anmerken: Mit Solidarität hat das alles nichts zu tun. Und das ist der eigentliche Bruch mit einst sozialdemokratischen Grundsätzen.

Zweites Beispiel: Krieg oder Frieden? Rot-Grün lehnt eine Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak ab. Ich nehme Ihnen sogar ab, dass Sie dafür gute Gründe haben und dass dies nicht nur kurzfristige Wahlkampf motive sind. Aber wieder sind Sie inkonsequent. Ein Krieg gegen den Irak wäre ein Angriffskrieg. Er wäre nicht durch die UN-Charta gedeckt. Kein NATO-Vertrag nimmt Sie in die Pflicht. Das Grundgesetz verbietet sogar eine deutsche Beteiligung.

Und doch steckt Rot-Grün mittendrin und damit natürlich auch wir alle. Sie bewilligen Überflugrechte, falls die USA auch von deutschem Boden aus einen Angriffskrieg gegen den Irak führen wollen. Sie halten Spürpanzer und Marineeinheiten im Aufmarschgebiet vor. Sie wollen Militärmaterial in erweiterte Krisengebiete liefern. Das Problem: Auch das ist eine typische Jein-Politik. Aber es gibt kein Jein zum Krieg. Es gibt nur ja, ja oder nein, nein. Die PDS bleibt beim Nein, Nein zum Krieg.

Ich komme zum dritten versprochenen Beispiel: Steuerpolitik. Wir werden keine Steuern erhöhen, hieß es bei Rot-Grün vor der Wahl. Wir schließen lediglich Schlupflöcher, hieß es danach. Die Opposition zur Rechten schreit Zeter und Mordio. Das Problem: Rot-Grün geht in der gesamten Steuerdebatte in die neoliberale Falle. CDU/CSU und FDP predigen landauf, landab, Steuern seien Teufelswerk. Die Frage ist aber nicht, ob Steuern genehm sind. Die eigentliche

Web-Notiz
www.petrapau.de

**AFGHANISTAN-
EINSATZ**

DER BUNDESWEHR

20. 12. 2002, Berlin,

Bundestag:

Mit den Stimmen von

SPD, Bündnis 90/Die

Grünen, FDP und CDU/

CSU wurde der

Bundeswehreininsatz in

Afghanistan verlängert

und erweitert. Die

»PDS im Bundestag«

votierte mit Nein.

Petra Pau: »Es ging

mithinchen um eine

Routine-Entscheidung,

wie manche meinen.

Es wurde eine neue

Qualität deutscher

Militäreinsätze im

Ausland eingeleitet.«

Frage ist, ob Steuern gerecht sind. Bei der Antwort auf diese Frage kneift Rot-Grün.

Sie gehen nicht wirklich an das spekulierende und unproduktive Kapital heran. Anderenfalls müssten Sie sich endlich der Tobinsteuer nähern. Sie nehmen den vorhandenen Reichtum nicht in die grundgesetzliche Pflicht. Anderenfalls würden Sie aktiv für eine wirkliche Vermögensteuer streiten. Sie machen nichts, um die überschuldeten Länder und Kommunen zu entlasten. Anderenfalls würden Sie zu wirklichen Reformen schreiten. Sie kleben weiter an den Modellen des vergangenen Jahrhunderts. Anderenfalls würden Sie sich wirklichen Neuerungen, etwa einer Wertschöpfungsabgabe, öffnen. So aber bleibt Rot-Grün ein Muster ohne Wert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte meine grundsätzliche Kritik an zwei aktuellen Beispielen illustrieren. Sie brüsten sich damit, dass der Bund vier Milliarden Euro für eine bessere Bildungspolitik in den Ländern bereitstellt. Das klingt allemal angesichts der viel zitierten PISA-Studie unglaublich gut. Bundesministerin Bulmahn sprach gestern sogar von einer »rot-grünen Initialzündung«. Was Sie dabei aber verschweigen, ist, dass Ihre letzte Steuerreform die Länder das Dreifache, nämlich 12 Milliarden Euro, an Mindereinnahmen gekostet hat, die somit auch für die Bildungspolitik fehlen. Jede Klofrau, der Sie zehn Cent auf den Teller legen und zugleich 30 Cent klauen, würde sich zu Recht betrogen fühlen.

Das zweite aktuelle Beispiel: Bundeskanzler Schröder hat verkündet, keinem Opfer der jüngsten Hochwasserkatastrophe solle es hernach schlechter gehen als vordem. Wir, die Vertreterinnen der PDS im Bundestag, waren erst jüngst vor Ort. Unsere Eindrücke sind ernüchternd und bedrückend. Das Hochwasser ist weg, die Kameras sind weg und die Bundesregierung ebenso.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der Schröder ist noch da!)

Zurück bleiben vielfach Zweifel und Verzweiflung. Es geht also nicht um Reförmchen. Gefragt ist nach wie vor ein Politikwechsel: hin zu sozialer Gerechtigkeit, zu mehr Demokratie und natürlich zu einer

konsequenteren Friedens- und Entwicklungspolitik.

Ich komme zum Schluss. Da in vermeintlich großen Debatten gern große Geister angerufen werden,

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Jetzt kommt Goethe oder Marx!)

will ich dem nicht nachstehen. CDU/CSU und FDP fordern einen Lügenausschuss des Bundestages.

(Joseph Fischer, Bundesminister: Mit Manfred Kanther als Vorsitzendem!)

Würde der legendäre Baron von Münchhausen das noch erleben, würde er sich ob dieser Aufführung endgültig totlachen.

Danke schön.

O-Töne

»Wenn es um unsere Sicherheit geht, brauchen wir wirklich nicht die Erlaubnis von irgendjemandem«.

*George W. Bush,
Präsident der USA*

Bundestag, 14. November 2002
Rede Petra Pau
Stichwort: NATO-Gipfel

Web-Notiz
www.petrapau.de

*ANTIKRIEGS-DEMO
26. 10. 2002, Berlin:
Weltweit finden
Friedensaktionen
gegen den von den
USA angedrohten Irak-
Krieg statt. In der
Hauptstadt versam-
melten sich bei
stürmisch-feuchtem
Wetter mehrere
Tausend Friedens-
bewegte auf der Karl-
Marx-Allee zu einer
Kundgebung.
Unter ihnen waren
auch Petra Pau und
Gesine Löttsch (beide
MdB) sowie die drei
Berliner SenatorInnen
mit PDS-Mandat.*

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die PDS im Bundestag lehnt den von Ihnen vorgelegten Antrag ab. Wir teilen aber auch nicht die Intention, die Bundesaußenminister Fischer zum bevorstehenden NATO-Gipfel hier vorgetragen hat.

Grundsätzlich widersprechen wir dem Begehren der Opposition zur Rechten. Der Antrag von CDU/CSU zielt unverhohlen auf eine weitere Militarisierung der Außenpolitik, auf eine drastische Aufrüstung und auf eine bedingungslose Solidarität gegenüber der USA-Politik. Einem solchen Irrsinn unterliegt die PDS nicht.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

1989/90 fand eine 40 Jahre währende Blockkonfrontation ihr Ende. Politische Instrumente aus jener Zeit, die auf eine friedliche Konfliktbewältigung zielten, wurden seitdem klein gehalten, zum Beispiel die OSZE. Militärische Instrumente, die auf ein Diktat der Stärke setzen, wurden ausgebaut, damit auch die NATO. Das illustriert die Grundrichtung. Wir finden diese Grundrichtung falsch.

Unübersehbar ist auch, dass die UNO immer mehr in den Schatten der NATO gerät und dass die Weltorganisation von den USA ein ums andere Mal vorgeführt wird.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das ist die ehemalige grüne Position!)

Das ist der Rahmen, aus dem sich unsere begründete Skepsis gegenüber dem NATO-Gipfel speist.

Hinzu kommt die Militärdoktrin der USA. Sie kündigen Abrüstungs- und Kontrollverträge. Sie reklamieren für sich das Recht auf Präventivkriege und drohen gar mit atomaren Erstschlägen. Eine solche Politik ist weltuntauglich. Sie passt nicht ins 21. Jahrhundert. Sie wird auch nicht mit dem Verweis auf terroristische Bedrohungen besser. Deshalb, Kollege Schäuble, hörte ich heute mit Schrecken, dass Sie namens der CDU/CSU-Fraktion sagten: »Mit ... einem Zweitschlag schützen Sie unsere Bevölkerung nicht.« Das ist nichts anderes als die unsägliche Parole: »Angriff ist die beste Verteidigung.« Erhellender konnte Herr Schäuble heute den Schafspelz nicht ablegen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Folglich steht die rot-grüne Bundesregierung vor der Frage, ob sie als NATO-Mitglied sich dieser Doktrin anschließt, also unterordnet, oder ob die Bundesrepublik gemeinsam mit anderen eine selbstbewusste Politik verfolgt, die mehr denn je auf zivile, demokratische und humane Lösungen setzt.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Und in Deckung geht!)

Auf dem Prager Gipfel wird es um die zweite Runde der NATO-Erweiterung gehen. Es geht um die Beziehungen der NATO zu Russland und zur Ukraine und es geht um die Modernisierung der NATO. So jedenfalls beschreibt es die veröffentlichte Tagesordnung. Was darüber hinaus verhandelt wird, entzieht sich wie stets der allgemeinen Beobachtung und Bewertung.

Ich verweise auf diesen Aspekt, weil wir demnächst – schon heute Abend – über ein Entsendegesetz befinden. Es soll unter anderem klären, wann und durch wen deutsche Soldaten in Marsch gesetzt werden dürfen – nicht zur Übung in der Lüneburger Heide, sondern in militärische Auseinandersetzungen weltweit.

Auf dem NATO-Gipfel wird ebenso wie in der EU über schnelle Eingreiftruppen beraten. Ich will jetzt nicht fragen, in welchem Verhältnis beide stehen sollen. Ich möchte aber das Interesse der Öffentlichkeit auf das kleine Wörtchen »schnell« richten, denn dahinter verbirgt sich nicht nur die Frage nach militärischen Gefahren, sondern auch die Frage: Wer entscheidet über solche Militäreinsätze? Noch liegt das Votum beim Bundestag, der eine Zweidrittelmehrheit benötigt.

Ihrer Rede, Herr Bundesaußenminister Fischer, und auch Ihrer Rede, Herr Struck, habe ich entnommen, dass dies so bleiben soll. Es gibt aber auch andere unübersehbare Bestrebungen: Das Parlament soll beispielsweise durch den heute vorliegenden FDP-Antrag zum Entsendegesetz entmündigt werden.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: So ein Blödsinn! Das Gegenteil ist wahr!)

Auch dies ist ein Weg, den die PDS nicht mitgehen wird.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

O-Töne

»Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt«

*Peter Struck (SPD),
Bundesverteidigungs-
minister*

Zwei Frauen hinten links

**Frankfurter Allgemeine Zeitung,
17. 10. 2002**

Den beiden PDS-Abgeordneten Petra Pau und Gesine Löttsch, die jeweils einen Wahlkreis im Osten Berlins direkt gewonnen haben, sind in der neuen Sitzordnung des Plenarsaales zwei Plätze am äußersten linken Eck in der letzten Reihe angewiesen worden, umgeben von den Kollegen der SPD. Frau Pau gehörte dem Bundestag schon in der vergan-

Der Streit, ob den beiden PDS-Abgeordneten Tische und Telefone zustehen, ging durch alle Medien und hält an. Das Satiremagazin extra 3 spendierte einen Spezialtisch.



genen Wahlperiode an. Sie hat sich innerhalb der PDS den Ruf einer führenden Kraft im Feld der sogenannten »Reformer« erarbeitet. Frau Löttsch war zuvor Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Beide müssen im neuen Bundestag erst noch erkunden, welche Möglichkeiten sie in ihrer Funktion eines Überrestes der gescheiterten PDS-Fraktion finden. Sie haben verabredet, alle Geschäftsordnungsmöglichkeiten zu nutzen. Dazu zählen neben dem Rederecht auch das Recht, Fragen an die Regierung oder an Debattenredner zu richten. In jedem Fall sind beide auf die Unterstützung ihrer Partei angewiesen, die freilich nach dem Richtungswechsel der PDS ungewiß bleibt. (Lt.)

Bei Bedarf:

PDS im Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
www.pds-im-bundestag.de

Büro Petra Pau

Telefon (030) 22 77 10 95
Fax (030) 22 77 00 95
E-Mail petra.pau@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Telefon (030) 99 28 93 80
Fax (030) 99 28 93 81
E-Mail petra.pau@wk.bundestag.de
www.petrapau.de

Reden zum Thema Krieg und Frieden

- 3. Sitzung, 23. Oktober 2002

Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte in Mazedonien. Rede: Petra Pau

- 4. Sitzung, 29. Oktober 2002

Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Reden: Gesine Lötzsich und Petra Pau

- 8. Sitzung, 7. November 2002

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte in Afghanistan. Rede: Petra Pau

- 10. Sitzung, 14. November 2002

Erklärung zum NATO-Gipfel am 21./22. November 2002 in Prag. Rede: Petra Pau

- 11. Sitzung, 15. November 2002

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte in Afghanistan. Rede: Petra Pau

- 13. Sitzung, 4. Dezember 2002

General-Debatte zum Gesetz über den Bundeshaushalt 2003. Rede: Petra Pau

- 14. Sitzung, 5. Dezember 2002

Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte in Mazedonien. Rede: Gesine Lötzsich

- 17. Sitzung, 20. Dezember 2002

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte in Afghanistan. Rede: Petra Pau

- 19. Sitzung, 16. Januar 2003

»40 Jahre Elysee-Vertrag – Zusammenarbeit für die Zukunft Europas«. Rede: Gesine Lötzsich

- 25. Sitzung, 13. Februar 2003

Debatte zur aktuellen internationalen Lage, zu Europa und den USA. Rede: Petra Pau

- 27. Sitzung, 19. Februar 2003

aktuellen Stunde über »die Gefahr von Pockenviren«. Rede: Petra Pau

- 31. Sitzung, 13. März 2003

Debatte: »Das neue Gesicht Europas: Eine europäische Verfassung«. Rede: Gesine Lötzsich

- 31. Sitzung, 13. März 2003

Bericht über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Rede: Petra Pau

- 31. Sitzung, 13. März 2003

Debatte zum Zuwanderungsgesetz. Rede: Petra Pau

- 32. Sitzung, 14. März 2003

Regierungserklärung: »Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung«. Rede: Gesine Lötzsich

- 34. Sitzung, 19. März 2003

General-Debatte über den Bundeshaushalt 2003. Reden: Gesine Lötzsich und Petra Pau

- 35. Sitzung, 20. März 2003

Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte in Mazedonien. Rede: Gesine Lötzsich

- 35. Sitzung, 20. März 2003

Debatte zum Haushaltsplan (Auswärtiges Amt). Rede: Gesine Lötzsich

- 36. Sitzung, 3. April 2003

Regierungserklärung zur internationalen Lage und dem Irak-Krieg. Rede: Petra Pau

- 36. Sitzung, 3. April 2003

Debatte zum Jahresbericht 2002 des Bundeswehrbeauftragten. Rede: Petra Pau

Empfohlene Links

www.prignitzer-appell.de
www.gegen-irak-krieg.de
www.stoppt-den-krieg.com
www.tagx.tk
www.Friedenskooperative.de
www.friedensratschlag.de
www.dfg-vk.de
www.resistthewar.de
www.peacelink.de
www.amnesty.de
www.home.snafu.de/~asyliinderkirche.blm
www.attac.de
www.cilip.de
www.mehr-demokratie.de
www.hausderdemokratie.de
www.humanistische-union.de
www.ilmr.org
www.jungdemokraten-jungelinke.de
www.kultur-des-friedens.de
www.vdj.de
www.sozialisten.de
www.rosa-luxemburgstiftung.de
www.solid-web.de
www.pds-im-bundestag.de
www.pds-europaservice.de
www.pds-berlin.de
www.helle-panke.de
www.peacewomen.org
www.konfliktbearbeitung.net
www.topographie.de
www.unhcr.de
www.mondosarts.de/shop/frieden.htm
www.vdj.de